

## Griechenland: friss oder stirb

27.06.2015: In der Nacht von Freitag auf Samstag kündigte der griechische Premierminister Alexis Tsipras ein Referendum über das Troika-Diktat an. Die Volksabstimmung soll am kommenden Sonntag, dem 5. Juli, erfolgen. Für Samstagmorgen wurde das Plenum des Parlaments einberufen. Den griechischen Antrag auf eine vorübergehende Verlängerung des laufenden Kreditprogramms um einen Monat haben die Finanzminister der Eurogruppe heute abgelehnt. Die SYRIZA-geführte Regierung wollte damit die Zeit gewinnen, die nötig ist, um das Referendum über die Bedingungen der Gläubiger abzuhalten. Wir dokumentieren die im griechischen Fernsehen ausgestrahlte Rede.



Quelle: Stuttmann Karikaturen

### Rede von Alexis Tsipras zum Referendum

#### Liebe Griechen und Griechinnen,

seit sechs Monaten kämpft die griechische Regierung darum, unter den Bedingungen eines beispiellosen wirtschaftlichen Würgegriffs, das Mandat umzusetzen, das ihr uns gegeben habt.

Ihr habt uns den Auftrag gegeben, in Verhandlungen mit unseren europäischen Partnern die Austeritätspolitik zu beenden, damit Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in unser Land zurückkehren können. Es war ein Mandat für ein nachhaltiges Abkommen, das sowohl

unsere Demokratie als auch die gemeinsamen europäischen Regeln respektiert und das es uns endlich ermöglicht, die Krise zu überwinden.

Während der gesamten Phase der Verhandlungen wurde von uns verlangt, dass wir das von der letzten Regierung akzeptierte Memorandum umsetzen sollen, obwohl dieses von den Griechinnen und Griechen bei den letzten Wahlen kategorisch abgelehnt worden war.

Doch nicht eine Minute lang haben wir daran gedacht, uns zu unterwerfen und euer Vertrauen zu verraten. Nach fünf Monaten harter Verhandlungen haben unsere PartnerInnen vorgestern schließlich ein Ultimatum an die griechische Demokratie und die Menschen in Griechenland gerichtet. Ein Ultimatum, welches den Grundwerten Europas, den Werten unseres gemeinsamen europäischen Projekts widerspricht.

Sie haben von der griechischen Regierung verlangt, einen Vorschlag zu akzeptieren, der weitere untragbare Lasten für das griechische Volk bedeuten und die Erholung der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft untergraben würde. Dieser Vorschlag würde nicht nur den Zustand der Unsicherheit auf Dauer stellen, sondern auch die soziale Ungleichheit verfestigen.

Der Vorschlag der Institutionen umfasst Maßnahmen zur weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes, Pensionskürzungen, weitere Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel sowie in den Bereichen Gastronomie und Tourismus. Schließlich zählt dazu auch die Abschaffung der Steuererleichterungen für die griechischen Inseln.

Diese Forderungen verletzen unmittelbar die europäischen Sozial- und Grundrechte. Sie zeigen, dass einige unserer PartnerInnen nicht

ein für alle Seiten tragfähiges und vorteilhaftes Abkommen für Arbeit, Gleichheit und Würde anstreben – sondern die Erniedrigung des gesamten griechischen Volks.

Ihre Forderungen zeigen vor allem, dass der Internationale Währungsfonds auf einer harten, bestrafenden Kürzungspolitik beharrt. Sie zeigen zugleich, dass die führenden europäischen Kräfte endlich die Initiative ergreifen müssen, um die griechische Schuldenkrise ein für alle Mal zu beenden. Diese Krise betrifft auch andere europäische Länder und bedroht die Zukunft der europäischen Integration.

### **Liebe Griechen und Griechinnen,**

die Kämpfe und Opfer des griechischen Volks für die Wiederherstellung von Demokratie und nationaler Souveränität lasten als historische Verantwortung auf unseren Schultern. Es ist die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes, und diese verlangt von uns, auf das Ultimatum der PartnerInnen mit dem souveränen Willen des griechischen Volkes zu antworten.

Vor wenigen Minuten habe ich in der Kabinettsitzung den Vorschlag gemacht, ein Referendum abzuhalten, damit die Griechen und Griechinnen souverän entscheiden können. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Morgen wird das Parlament zu einer Sondersitzung zusammentreten, um über den Vorschlag des Kabinetts und ein Referendum am Sonntag, dem 5. Juli, abzustimmen. Die Griechen und Griechinnen sollen entscheiden können, ob sie die Forderungen der Institutionen annehmen oder ablehnen.

Ich habe bereits den Präsidenten Frankreichs, die Kanzlerin Deutschlands und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank über diesen Schritt informiert. Morgen werde ich offiziell darum ansuchen, das laufende Programm um einige Tage zu verlängern, damit das griechische Volk frei von Erpressung und Druck abstimmen kann, wie es der Verfassung unseres Landes und der demokratischen Tradition Europas entspricht.

### **Liebe Griechen und Griechinnen,**

ich bitte euch, auf das erpresserische Ultimatum, welches von uns harte,

entwürdigende und endlose Austerität ohne Aussicht auf soziale und wirtschaftliche Erholung verlangt, auf souveräne und stolze Weise zu antworten – so wie es die Geschichte des griechischen Volks verlangt.

Auf Autoritarismus und brutale Austerität werden wir, ruhig und bestimmt, mit Demokratie antworten. Griechenland, der Geburtsort der Demokratie, wird eine demokratische Antwort geben, die in Europa und der Welt widerhallen wird. Ich verpflichte mich persönlich, eure demokratische Wahl zu respektieren, wie immer sie ausfallen wird.

Und ich bin vollkommen überzeugt davon, dass eure Wahl der Geschichte unseres Landes gerecht werden und der Welt eine Botschaft der Würde senden wird. Wir alle müssen uns in diesen entscheidenden Momenten vor Augen halten, dass Europa die gemeinsame Heimat unserer Völker ist. Doch ohne Demokratie wird Europa ein Europa ohne Identität und Orientierung sein.

Ich lade euch alle ein, in nationaler Eintracht und Ruhe, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Für uns, für zukünftige Generationen, für die Geschichte der Griechinnen und Griechen. Für die Souveränität und Würde unseres Volks. Quelle: [mosaik](#)

### **Alexis Tsipras blieb nach dem Ultimatum der Troika nur die Flucht nach vorn**

Im Wirtschafts- und Finanzkrieg, den die neoliberale Troika (Europäische Zentralbank EZB, Euro-Gruppe und Internationaler Währungsfonds IWF) gegen das griechische Volk und seine Linksregierung führt, überraschte Tsipras seine EU-Amtskollegen mit der Ankündigung einer Volksabstimmung. Als unerhört gilt, die Bevölkerung in Sachen Hochfinanz zu befragen und selbst entscheiden zu lassen, was gut für sie ist. Das hat es so noch nicht gegeben. Als sein Vorgänger Giorgos Papandreou 2011 auch nur laut über eine Volksabstimmung nachdachte, sorgten Troika und Berlin innerhalb einer Woche für seinen Rücktritt.

Das es sich dabei um einen Krieg mit realen Toten handelt wird auch durch die aktuelle

Meldung aus Athen, »griechische Selbstmordrate in den letzten zwei Jahren um 35 Prozent gestiegen«, auf tragische Weise unterstrichen.

Das vermeintlich Spiel ist auch deshalb tödlich, weil immer mehr verzweifelte kranke Menschen in Griechenland nicht mehr behandelt werden können und zum Sterben auf den Fluren der wenigen, noch nicht geschlossenen, Krankenhäuser abgestellt werden. Denn die Troika hat darauf bestanden, dass die Ausgaben für überlebenswichtige Medikamente und für geschultes medizinisches Personal drastisch gekürzt wurden.

Tsipras blieb nur die Flucht nach vorn, nachdem die Troika ihm am Freitag ein Ultimatum gestellt hatte. Sekundiert von höchsten Stellen in Berlin wurde Athen vor die Wahl gestellt: entweder bis Montag das Troika-Angebot unterschreiben, so wie es ist und ohne weitere Diskussionen, oder die EZB stellt die sogenannten ELA-Zahlungen zur Stützung griechischer Banken ein. Sollten die dann geschlossen sein und die Bankautomaten leer, so dass Renten, Gehälter und Ersparnisse nicht mehr abgehoben werden können, drohte tatsächlich ein Wirtschaftschaos. Die US-Großbank JP Morgan Chase hatte dieses Szenario als Brüsseler Drohung mit der »nuklearen Option« bezeichnet.

Am Freitag hatten zunächst die Finanzminister der Euro-Gruppe die Bitte ihres griechischen Kollegen Gianis Varoufakis abgelehnt, das um Mitternacht am 30. Juni auslaufende Hilfsprogramm bis zum Vorliegen des Referendumsresultats zu verlängern. Nach Abreise der griechischen Delegation setzten die übrigen 18 Minister ihre Sitzung fort und verwiesen in einer Fußnote zu ihrer Abschlusserklärung darauf, dass diese ohne Griechenland zustande gekommen war.



Das Parlament in Athen entschied sich in der Nacht zum Sonntag mehrheitlich für das Referendum. Tsipras wurde dafür von den Abgeordneten seiner Koalition mit stehenden Ovationen gefeiert. Soweit bekannt, wird beim Referendum nur eine Frage gestellt: *„Soll der Einigungsvorschlag angenommen werden, den die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds in der Sitzung der Eurogruppe am 25.06.2015 vorgelegt haben und der aus zwei Teilen besteht, die eine Einheit bilden? Das erste Dokument trägt den Titel „Reformen zur Vollendung des laufenden Programms und darüber hinaus“, das zweite trägt den Titel „Vorläufige Analyse zur Schuldentragfähigkeit“* Konkrete heißt das: Wollen die Griechen weiter mit der von der EU aufgezwungenen Streichungspolitik leben?

Vertreter der Troika beeilten sich, auf den Umstand hinzuweisen, dass somit über eine irrelevante Frage abgestimmt werde. Denn das jüngste sogenannte Hilfsprogramm für Griechenland samt der darin geforderten, rabiatischen Kürzungen wird in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch aufhören zu existieren.

In dem Referendum sollen die Griechen entscheiden, ob sie die von den Gläubigern im Gegenzug für neue Kredite geforderten Kürzungen akzeptieren oder nicht. Grundlage ist ein am Freitag an Athen übermittelter gemeinsamer Forderungskatalog von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission. Dieser sieht laut Tsipras unter anderem unakzeptable Punkte wie Rentenkürzungen und eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel vor.

Finanzminister Schäuble, Bundeskanzlerin Merkel setzen zusammen mit der Troika den Austeritätskurs des Finanzkapitals um. Dieser Kurs erdrosselt die griechische Volkswirtschaft. Die angeblichen Hilfsprogramme seit 2010 haben das Land weiter in die Schuldenfalle getrieben. Erreicht wurde indessen, dass die Schulden mittlerweile fast vollständig auf öffentliche Finanzinstitutionen übertragen sind. Der Steuerzahler kommt für sie auf. Privates

Kapital muß nicht mehr wegen uneinbringlicher Kredite um die Rückzahlung bangen. Tatsächlich geht es nicht um finanzielle Sachzwänge, sondern um die Durchsetzung der „marktkonformen Demokratie“, darum, den griechischen Widerstand gegen die Finanzdiktate zu brechen. Auch die Italiener, Spanier, Portugiesen gilt es zu entmutigen.

Insofern richtet sich das Referendum unmittelbar gegen die Diktatur der Finanzinstitutionen.

Die Sozialdemokratin und frühere Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorgeworfen, das Scheitern der SYRIZA-Regierung seit langem geplant zu haben. »Man ist ja SYRIZA von Anfang an mit kritischer Verve, um nicht zu sagen mit Aversion begegnet«, sagte sie der in Halle erscheinenden »Mitteldeutschen Zeitung« mit Blick auf das Scheitern der Griechenland-Verhandlungen. »Finanzminister Wolfgang Schäuble hat von Anfang an die Absicht gehabt, SYRIZA an die Wand fahren zu lassen, damit es keine Ansteckungsgefahr in Spanien oder Portugal gibt.« Im Kern hätten die Institutionen und auch die Sozialdemokraten in ihnen nicht zugestehen wollen, »dass die Austeritätspolitik der letzten Jahre gescheitert ist. Dass die griechische Regierung zum Schluss noch mal bei Rentnern und Kranken kürzen sollte, beweist, wie absolut unerbittlich sich die Institutionen gezeigt haben.« Insofern sehe sie »die Hauptverantwortung bei der Eurozone und beim IWF«. Denn Griechenland werfe die Frage auf, ob die Politik in der Europäischen Union so weitergehen könne oder nicht. »Das ist eine ganz radikale Frage. Dabei hat es unsere Leute nicht gestört, dass sowohl die Arbeitslosen- als auch die Schuldenquoten in allen ‚Reformländern‘ immer weiter gestiegen sind.« Schwan erklärte weiter: »Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Schulden Deutschland auch nach dem Zweiten Weltkrieg erlassen worden sind, ist auch die Kanzlerin in einer besonderen Verantwortung, sich der aktuellen Entwicklung entgegenzustellen. Ich finde es kritikwürdig, dass Frau Merkel das Angebot als großzügig empfiehlt, von dem die Insider der Bundesregierung wissen, dass es

nicht nachhaltig ist.« Die Sozialdemokratin empfahl, der griechischen Regierung bis zum Referendum Zeit zu geben und Griechenland ein Angebot zur Umschuldung zu machen.

### **Fällige Reparationen**

Im Übrigen sei nochmals an Folgendes erinnert: Auf Weisung Hitlers und auf Befehl des Generalfeldmarschalls Wilhelm Keitel verübte die deutsche Wehrmacht in Griechenland grausamste Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das Land wurde ausgeraubt und ausgeplündert. Beim Abzug der deutschen Truppen wurde die gesamte Infrastruktur zerstört. Auch in Italien waren die Wehrmacht und die ihr unterstellte SS verantwortlich für vergleichbare Verbrechen.

Die Täter sind bekannt, die Tatumstände sind bekannt. Keitel wurde vom Nürnberger Kriegsverbrecher Tribunal zum Tode verurteilt. In der Folgezeit leistete sich deutsche Justiz bei der Aufklärung, Verfolgung und Verurteilung dieser Verbrechen weitgehend ein Schauspiel, welches als passiver Widerstand bezeichnet werden kann, und dem in nicht wenigen Fällen Sympathien mit dem Nazi-Regime und den Tätern zugrunde lagen. Eine angemessene Entschädigung der Opfer bzw. Opferfamilien, eine Entschädigung der Staaten für die Zerstörungen, Ausraubungen und Plünderungen, und auch eine Rückzahlung des von Griechenland gezahlten Zwangskredits erfolgten bisher ebenfalls nicht.

Seit Gründung der Bundesrepublik wehren die verschiedenen Bundesregierungen die griechischen Ansprüche mit fadenscheinigen Gründen ab.

- **Nein zur diktierten Armut durch die Troika**
- **Ja zur Demokratie!**
- **Solidarität mit Griechenland!**
- **Unterstützung des griechischen Referendums!**
- **Schuldenschnitt jetzt!**
- **Reparationszahlungen neu verhandeln!**

Quelle: junge welt, Neues Deutschland, Mitteldeutsche Zeitung

